

Horst Kahrs, Ende Februar 2024

Einige Thesen zur Erneuerung fortschrittlicher Politik in der Linken

Erweiterte (ausgeuferte) schriftliche Fassung der Notizen eines gut 20 minütigen Vortrags auf der Jahrestagung des Netzwerks Progressive Linke am 25.2.2024.¹

Die Auskunft, dass sich die Partei DIE LINKE im Abwärtstrend befindet, besitzt kaum noch Nachrichtenwert. Immerhin gibt es eine Reihe von Menschen auch außerhalb der Partei, die das zutiefst bedauern und sich eine fortschrittliche linke politische Kraft wünschen. Ob die der real existierende Linkspartei diese Wende in den Aufschwung noch schaffen kann, ist umstritten. Die Thesen hier setzen darauf, dass wir das Hoffen dürfen. Und schlagen ein paar zukünftige Punkte vor, an denen sich dieses Hoffen bewähren muss. Die anschließenden Vorschläge für eine erneuerte linke Erzählung (erneuertes Image) entspringen der persönlichen »Sicht auf die Welt« bzw. der eigenen politischen Biografie, suchen also Gleichsinnige, wollen aber nicht wie manch andere Texte behaupten zu wissen, was jetzt »notwendig« ist und getan werden »muss«.

1. Strategiebildung² - Worum es gehen könnte

Das Image der Partei DIE LINKE ist zutiefst beschädigt. Der Gesamteindruck der Partei in der öffentlichen Wahrnehmung weckt mittlerweile mehr negative als positive Assoziationen.

¹ Vorweg: Die hier vorgetragenen Thesen gründen einerseits in meinen Wahlanalysen des vergangenen Jahrzehnts. Und zur inhaltlichen Orientierung »Gleichheit« findet man ein paar Publikationen (z.T. mit Udo Wolf, Klaus Lederer) auf meiner Webseite www.horstkahrs.de. Zu den Klima- und planetarischen Fragen haben Tom Strohschneider und ich 2023 einige weiterführende Texte auf <https://linksdings.ghost.io> veröffentlicht. Und zur ideengeschichtlichen Tradition siehe nun Klaus Lederer: Mit links die Welt retten, Berlin 2024.

² Ich orientiere mich hier an den Definitionen von Joachim Raschke und Ralf Tils: Strategische Politik. Eine Grundlegung, Wiesbaden 2007: »Strategy-Making lässt sich als ein permanentes, simultanes Arbeitsprogramm in den drei grundlegenden strategischen Handlungsbereichen Herstellung von Strategiefähigkeit, Strategiebildung und strategischer Steuerung beschreiben. Strategie wird damit als kontinuierlicher, dreidimensionaler, interdependenter Prozess erkennbar. Empirische Beobachtungen und praktische Erfahrungen legen folgende Schlüsse nahe: Strategiefähigkeit ist nie ganz gesichert, eher permanent von Zerfall bedroht. Strategiebildung ist nie abgeschlossen, muss im Lichte von Erfahrungen und Veränderungen überprüft, modifiziert, revidiert werden. Strategische Steuerung ist schon durch Interaktion und überraschende Züge des Gegners ein un abgeschlossener Prozess. Sie erfordert zugleich die Reproduktion und Anpassung ihrer Voraussetzungen Strategiefähigkeit und Strategiebildung. (...) Politische Strategie ist ein Prozess. Wechselwirkungen, unkontrollierbare Interaktionen, extreme Ungewissheit bleiben ihr Signum.« (S. 81) Es soll hier auch nicht verschwiegen werden, dass in der Politikwissenschaft auch die These vertreten wird, dass Parteien als Sozialgebilde zu strategischem Handeln unfähig seien, weil Parteien durch Unbestimmtheit, Fragmentierung und lose Kopplung gekennzeichnet seien. »Weil die Mitglieder als Freiwillige andere Ziele hätten als die Parteiführung, seien Parteien keine homogenen politischen Akteure, die sich strategisch verhalten könnten. Parteien bewegen sich auf immer beweglicher werdenden Wählermärkten und in Situationen wachsender Unsicherheit.« So fasst Rudolf Speth diese Sichtweise zusammen - Rudolf Speth: Strategiebildung in der Politik, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Juni 2005, S. 30. Ich teile diese Position nicht, weil zum Beispiel auch dann, wenn man das Modell der wechselhaften »Wählermärkte« übernimmt, es gleichwohl darauf ankommt, dass eine Partei ein möglichst homogenes Bild darüber herstellen kann, wofür sie steht und was die Wählerin von ihr in Zukunft wird erwarten dürfen.

Image ist vor allem eine affektive Angelegenheit auf der Ebene von Emotionen. Das Image einer Partei überwölbt und filtert die Wahrnehmung von politischen Konzepten und Positionen. Spätestens seit 2017 befindet sich die Partei in einem dynamischen Prozess der Image-Zerstörung, der von innen angetrieben wurde und mehr und mehr als Zerstrittenheit von Personen und Unfähigkeit zu politischen Interventionen wahrgenommen wurde: ein zerstrittene Partei, die sich nicht einigen kann und politisch bedeutungslos wird/ist. Daran änderte auch der Austritt von Sahra Wagenknecht und ihren Getreuen nichts: Die Berichterstattung etwa über die Wahl des Vorstandes der linken »Gruppe im Bundestag« bestätigte das Bild zweier sich gegenüberstehender Lager, über deren politische Differenzen man wenig bis nichts erfährt. Was sagt schon die Zuschreibung »Bewegungslinke« oder »realpolitischer Flügel«?

Das Image liegt nicht in der eigenen Hand. Es hängt stark ab von den Wahrnehmungsmustern und prägt diese wiederum. Es handelt sich in gewisserweise um ein Sortierkriterium, um ein Ordnungsmuster, hier: der Parteienlandschaft: Was wird erwartet? Wie funktionieren die Schemata der Berichterstattung, also der medialen Vermittlung? Anders formuliert: Wie lassen sich die Erwartungen - DIE LINKE ist eine zerstrittene Partei usw. - erstens durchbrechen und zweitens zum Besseren verändern?

Die Beschreibung charakterisiert die Aufgabe: Die öffentliche Wahrnehmung der Partei muss sich zum Besseren wenden, wenn sie wieder für mehr Wählerinnen und Wähler eine attraktive Adresse werden will. Eine Image-»Wende« (Verbesserung) gelingt mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht, wenn man versucht, das beschädigte Image (etwa als Ostpartei) zu restaurieren. Es gelingt auch nicht, wenn demonstrativ »Geschlossenheit« an die Stelle von »Zerstrittenheit« tritt, ohne das zugleich geklärt ist, warum jetzt nicht mehr (und worum) gestritten wird, was aus dem Weg geräumt, was geklärt wurde.

Bis zur kommenden Bundestagswahl wird ein Imagewechsel nicht zu bewältigen sein. Optimistisch betrachtet braucht es 3-4 Jahre, um das »gefühlte Wissen« über die Partei in nennenswertem Maße wieder ins Positive zu wenden. Mit anderen Worten: Der Kampf um den Wiedereinzug in den Bundestag 2025 darf dem Weg zu einer neuen Linken nicht im Wege stehen, darf ihn nicht aufhalten, aber entscheidend für die längerfristige Zukunft der Partei wird die übernächste Wahl - voraussichtlich - 2029 sein. Nach der nächsten Wahl bleiben, auch wenn die Partei an der Sperrklausel scheitert, wichtige Ressourcen wie Landtagsfraktionen, eine parteinahe Stiftung und anderes mehr. Erst nach einem erneuten Scheitern 2029 wird es sie nicht mehr geben.

Die Erneuerung der Linken in Deutschland erfordert eine strategische Politik, Routinepolitik oder situative Politik wurden und werden der Aufgabe nicht gerecht. Eine »Strategie der linken Erneuerung« sollte daher auf 2029 und einen entsprechend langen Atem ausgerichtet sein. Aber kann das überhaupt erfolgreich sein?

2. Strategiebildung - Wer macht's?

Die parteiförmige Linke in Deutschland ist bis auf Weiteres nicht zu einer konsistenten politischen Strategie in der Lage. Es gibt viele Akteure: Landtagsfraktionen, eine Bundestagsgruppe, eine parteinahe Stiftung, eine Bundespartei und jeweils unterschiedliche (organisations-)politische Strömungen, aber kein strategisches Zentrum und keine unumstrittene Führung. Es fehlt daher im Grunde an allem: Strategiefähigkeit, Strategiebildung und strategischer Steuerung (Anpassung der Strategie an sich verändernde konkrete Handlungsbedingungen).

Klärungen in der Führungs- und Richtungsfrage sind Voraussetzungen für Strategiekompetenz und für die Herausbildung eines strategischen Zentrums, welches die unterschiedlichen Akteure erreicht und ihren politischen Handlungsebenen eine gemeinsame Orientierung vermitteln kann.

Neben dem Fehlen eines strategischen Zentrums (Akteurs) zeichnet sich der Zustand der Linken schon seit längerem durch eine philosophische Desorientierung und eine unzureichende Deutung der Welt aus. Zentrale Begriffe wie »soziale Gerechtigkeit« und »Friedenspartei« sind inhaltlich entleert und zu bloßer Monstranz mutiert.³

Der Politikmodus gleicht dem von »postmodernen Freibeutern« (Peter Glotz), die populistisch auf jeder Empörungswelle surfen wollen, wenn es denn nur ein wenig mediale Aufmerksamkeit verspricht.

Die politische Zukunft linker Politik hängt nicht daran, die Wut und den Zorn über die herrschende Politik zu repräsentieren (abzubilden) bzw. mit der faschistischen Bewegung darum zu konkurrieren. Der »Protest«, der mal bei der PDS und der Linkspartei andockte, ist weitergewandert (das dritte Mal die gleiche Partei zu wählen, ist keine »Protestwahl« mehr) oder hat eine inhaltliche Richtung erhalten, die das Gegenteil von links ist. Linker Politik bleibt vielmehr nur die Option, für diejenigen, die etwas in fortschrittlicher, nicht regressiver Richtung verändern wollen, den politischen Möglichkeitsraum zu erweitern: als »Gestalten wollen«, als »kleine Partei« im Zweifel Mehrheiten für fortschrittliche Politik ermöglichen.

Wenn festgestellt wird, dass es der Linken an Strategiefähigkeit fehlt, bleibt die Frage, ob es eine strategische Orientierung gibt, um sich der Strategiefähigkeit anzunähern. Gibt es einen neuen Rahmen, in dem die seit 2017 aufgestauten programmatischen, strategischen und organisationspolitischen Klärungsprozesse stattfinden können, ohne als Sieg oder Niederlage einer der vorhandenen »Strömungen« oder Seilschaften verhandelt zu werden? Gibt es eine Idee zu Weg und Inhalt einer neuen Linken, die auch eine Niederlage bei der kommenden Bundestagswahl überlebt bzw. den Mitgliedern vermittelt, dass es sich trotzdem lohnt, weiterzumachen?

³ »Soziale Gerechtigkeit« versprechen eigentlich alle Parteien, zumindest indirekt insofern, als sich keine Partei für soziale Ungerechtigkeit ausspricht. Was wäre also das spezifisch Linke? Eine Antwort liegt angeblich im Adjektiv »sozialistische Gerechtigkeitspartei«, was allerdings nicht von der Aufgabe befreit zu erklären, was denn »sozialistische Gerechtigkeit« im Unterschied zu »sozialdemokratischer«, »liberaler« oder »konservativer« Gerechtigkeit ausmacht. Ähnlich verhält es sich mit der »Friedenspartei«, die seit dem Ende der klassischen Blockkonfrontation angesichts der neuen Formen kriegerischer Auseinandersetzungen und eines neuen, wieder auf territoriale Grenzverschiebungen setzenden Imperialismus in immer größere Erklärungsnot gerät.

Es kann nur darum gehen, eine Strategie zu entwickeln, mit der in den kommenden Jahren fortschrittliche Politik die notwendigen Klärungen herbeiführen kann, nicht zuletzt darüber, was »fortschrittlich« oder »progressiv« eigentlich meint. Eine Strategie, um herauszufinden, was (noch) geht.

Entscheidende Zeitfenster sind: die Wahlen im September 2024 und der folgende Parteitag; dann die Bundestagswahl 2025. Wäre etwas gewonnen, wenn erneut »Geschlossenheit« ohne wirkliche Klärungen simuliert würde, also alles auf einen Wiedereinzug ausgerichtet ist? Wäre man dann, auch im Erfolgsfall, keinen Schritt weiter als heute, hätte es aber viel schwerer, für einen Neuanfang zu werben? Besteht die Herausforderung nicht darin, die Arbeit an einem neuen Image heute zu beginnen, ohne die bevorstehenden Wahlkämpfe zu vernachlässigen, und so dafür zu sorgen, dass ein Wahlkampf um die Sperrklausel nicht die notwendigen Klärungen erneut blockiert?

3. Strategiebildung - Wer sind wir?

Um die dynamische Negativspirale aus öffentlicher Erwartung und Mustern der Berichterstattung, in der sich das Image der Partei bewegt, zu stoppen und umzukehren, erscheint es angebracht und Voraussetzung zu sein, dass einige Mythenbildungen und Unaufrichtigkeiten im Selbstverständnis und in der Kommunikation beerdigt werden. Hierzu zählen aus meiner Sicht vor allem:

Lossagung von Mythen und Plastikwörtern:

Die Partei mache Politik für »die Interessen« der »Bevölkerung«/der »Mehrheit«/der »Lohnabhängigen«. Es geht, aus der Sicht emanzipatorischer Politik, indes nicht darum, »FÜR WEN« wir Politik machen wollen und welche Rolle »die Arbeiter«, »die Arbeiterklasse«, die »Lohnabhängigen«, »die Bevölkerung« oder die »99 Prozent« dabei spielen sollen. Es gibt sie nicht als homogene Gruppen mit homogenen Interessen. »Interessen« werden, sofern man nicht dem Denkmodell »objektiver Interessen«, denen sich die Adressaten nur noch nicht bewusst sind, folgen will, in der öffentlichen Auseinandersetzung politisch geformt. Emanzipatorische Politik fragt: FÜR WAS wollen wir MIT WEM streiten, kämpfen, durchsetzen? Es geht also darum zu sagen: Was wäre heute warum aus linker, emanzipatorischer Sicht progressiv, fortschrittlich, ein Wandel zum möglichen Besseren? Um uns zu schauen, wer noch in die gleiche Richtung geht, gehen will? Veränderungsbereite, Fortschrittswillige gibt es in allen soziale Schichten: diejenigen aus der oberen Einkommenshälfte, die nicht länger in einer immer ungleicher werdenden Gesellschaft leben wollen; diejenigen, die »wissen«, dass es so, wie es läuft, nicht gut gehen kann. Also heißt das: »Interessen« an bestimmten Entwicklungen, Veränderungen formieren, an ihnen entlang Menschen gewinnen, unterschiedlicher sozialer Lage.⁴

Schluss mit politischen Unaufrichtigkeiten

Wenn es - zum Beispiel - stimmt, dass nur noch wenige Jahre bleiben, um klimatische Kipp-

⁴ Diese Sicht lässt sich im Blick zurück empirisch festigen: Die Arbeiterbewegung, Anliegen aus der Arbeiterschaft konnten immer dann politisch erfolgreich vertreten werden, wenn sie von einem Bündnis mit bürgerlichen Schichten, Großstädtern, Intellektuellen getragen wurden.

punkte zu vermeiden, um die Pariser Klima-Ziele zu erreichen, dann erhält der Zeitfaktor eine neue, entscheidende Rolle für die Glaubwürdigkeit linker Politik. Welchen politischen Gewinn bringt es noch, darauf zu bestehen, dass mit dem Kapitalismus eine sozialökologische Politik nicht möglich sei? Der Zeitfaktor zwingt dazu: Schluss mit dem »revolutionärem Attentismus« ... stattdessen: radikale, entschiedene Gestaltungspolitik. Das gilt im übrigen auch für die Verbesserung der Lebenslage der »unteren Hälfte«: Menschen in proletarischer Lebenslage brauchen Entlastung eher heute als morgen, auf keinen Fall erst übermorgen oder in zwanzig Jahren. Bei allen berechtigten Bedenken, was »im Kapitalismus« möglich sei, kann es politisch nur um ein neues Regulationsmodell gehen, andere Regeln des kapitalistischen Wirtschaftens.

Neben dem Zeitfaktor wäre hier anzuführen: das kontraproduktive Drohen mit Apokalypsen, Untergängen, der Immerschlimmerismus und das Einfordern von angeblichen Notwendigkeiten. Linke gewinnen Menschen nicht, um eine düstere Zukunft abzuwenden, die einem vermeintlich keine andere Wahl lässt, als das Notwendige zu tun. Linke gewinnen Menschen, wenn die Zukunft offen ist, wenn es Hoffnung auf Fortschritt gibt. Und dem Alltagsbewusstsein ist durchaus bewusst, dass es sich hierzulande trotz allem im Vergleich zu anderen Ländern gut leben lässt. (Deshalb wollen ja »alle« hierher und »in den Sozialstaat einwandern«.)

Ein weiterer Aspekt, der nicht zuletzt aus den Regierungserfahrungen der Partei herrührt: Veränderung, emanzipatorische Veränderung hat ein massives Um- und Durchsetzungsproblem. Damit ist nicht nur die Frage politischer Mehrheiten gemeint, sondern vor allen das, was nach der Gesetzgebung kommt, die Umsetzung im lokalen Alltag. Mitzudenken und bei der Kritik zu berücksichtigen wäre daher immer die Frage: Wer soll es umsetzen? Wer sind die Akteure? Was brauchen sie? (Man kann das an vielen Beispielen beobachten: bei der Integration von Flüchtlingen, der Umsetzung der Energiewende usw.)

die Rolle als »kleine Partei« offensiv annehmen

Wenn es gut läuft, kann eine neue Linke bei bundesweiten Wahlen 8-12% erreichen. Mehr ist unter den heute bekannten Bedingungen und Umständen nicht vorstellbar (auch wenn das »Potential« auf 15-20% taxiert wird). Um ihre Wahlversprechen umsetzen zu können, wird sie immer auf Partner auf Zeit angewiesen sein (politische Lebensabschnittspartner). Die Wählerinnen und Wähler wissen das. Sie entscheiden immer auch mit der Frage im Hinterkopf: Würde es für etwas von dem, was versprochen wird, auch politische Mehrheiten mit anderen Parteien geben können? Wer wiederum so tut, als warte er auf eine absolute Mehrheit, erscheint als unglaubwürdig, bestenfalls tauglich für »Bekennnis-Wähler«.

Eine kleine Partei kann gleichwohl einen großen Unterschied machen: Man stelle sich vor, die Linke hätte es 2021 geschafft so stark zu werden, dass eine rot-grüne-Regierung nicht auf die FDP angewiesen wäre.⁵

Die Zukunft der Linken liegt nicht in der Bewirtschaftung von Wut und Empörung, sondern darin, politische Willen »zu/für etwas« zu formen. Die Linke will Fortschritt: als Schritte weg von den aktuellen Problemen und Unzulänglichkeiten, und zwar in einem demokratischen,

⁵ Und man dann die Ampel tatsächlich als Ganzes kritisieren könnte statt realisieren zu müssen, dass SPD und Grünen von der FDP politisch erpressbar sind.

emanzipatorischen, lernenden und somit offenem Prozess. Deshalb ist es wichtig, mit allen Willigen die Spielregeln der demokratischen Republik zu verteidigen (und zu verbessern): Niemand wird als Demokrat geboren, sondern jeder dazu erzogen, durch die Verhältnisse, durch Aufklärung, durch Vorbilder. Die demokratischen Spielregeln (die demokratische Republik als Arena des Interessenkampfes - F. Engels 1895) werden auch zusammen mit den demokratischen Rechten verteidigt gegen die faschistische Bewegung, die auf Wut, Einschüchterung, Gewalt als Mittel der Volks-Willens-Bildung setzt.

Prioritäten setzen und durchhalten können, sich thematisch zu konzentrieren:

Es muss deutlich werden, was eine kleine Partei in eine Partnerschaft (Koalition) einzubringen hat, wofür sie wichtig ist. Das können nur ein paar konkrete Projekte sein, die gleichwohl das Image kenntlich machen. Und gleichzeitig muss es ein paar nahezu selbsterklärende Handlungsmaximen geben, nach denen die Vorhaben der Partner bewertet, verhandelt werden: Programmatische, narrative Fluchtpunkte. Eine »Erzählung« darüber, was für linke Politik eine gute Gesellschaftsordnung und fortschrittliche Politik ausmacht. Ein Image eben, das dann auch in verschiedensten politischen Konzepten und Feldern erkennbar wirkt.

4. Fluchtpunkte eines erneuerten Image

Erkennbarkeit setzt voraus, in den unterschiedlichen konkreten politischen Handlungssituationen immer wieder die gleiche Grunderzählung, Deutung, Perspektive, die man in der Sache zur Geltung bringen will, deutlich zu machen. Diese Perspektive setzt zugleich Maßstäbe für das, was Fortschritt ausmachen würde. Und drittens schafft man sich damit Gegner, die für die Erkennbarkeit auch notwendig sind.

Ich spreche hier bewusst von einem erneuerten Image statt von einem neuen Image. Es kann nicht um einen Imagewechsel gehen, aus meiner Sicht ist nur erfolgversprechend, wenn etwas, was immer schon da war, ins Rampenlicht gerückt wird und Blicke neu geordnet, Scheinwerfer anders ausgerichtet werden, so dass am Ende etwas Neues »der Welt vor Augen« steht.

Beim Image geht es auch darum, so etwas wie ideologische, philosophische Fahnen, gesellschaftliche Deutungsmuster zu setzen, um die sich Menschen versammeln können, die die Welt ähnlich sehen und sie in die gleiche Richtung entwickeln wollen, verändert sehen wollen.

Vor der Veränderung der Welt kommt - auch in den Feuerbachthesen - immer noch ihre Interpretation, ihre Deutung. Deutungskämpfe sind eine zentrale Arena progressiver Politik, weil es dort eben um das geht, was als Alternative in der Wirklichkeit bereits vorhanden ist. Was ist also möglich ist - im Gegensatz zu bloß wünschbar. Und es geht darum, was warum eine Veränderung zum Besseren wäre.

Die Linke ist die Partei der »Gleichheit«: Sie stellt sich bewusst in die Tradition der Aufklärung, in die Tradition von Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit und des humanen Universalismus. Sie versteht sich insofern als Teil des »Projekt des Westens«. Sie kämpft um die materiellen (sozialen) Voraussetzungen, unter denen formale rechtliche Gleichheit Wirklichkeit

werden kann: freie Gleiche, gleiche Freie. Das Bekenntnis zur Gleichheit aller Menschen knüpft an die Versprechen des alten Liberalismus an und begreift Sozialismus als ein gesellschaftliches Verhältnis, in dem diese Versprechen erst wahr werden können.

Die Linke entwickelt ihre Politik im »planetaren Paradigma«. Eine Paradigma⁶ ist eine grundsätzliche Denkweise, ein Ordnungsmuster. Ein Paradigmenwechsel, wie er hier vorgeschlagen wird, lässt sich fürs erste verstehen als ein Wechsel in den Perspektiven und Begriffen, mit denen wir versuchen, uns die Welt zu erklären. »Planetar« meint die Gesamtheit der sozialen und natürlichen Lebensräume, Lebensbedingungen/-verhältnisse, ihre Wirkungszusammenhänge usw. Im Adjektiv »planetar« wird die Unterscheidung zwischen »sozial« und »ökologisch« aufgehoben und eine Grenze zum nationalstaatlichen Paradigma gezogen (was nicht heißt, den Nationalstaat als realpolitischen Hebel für planetare Politik zu leugnen).

»Gleichheit« im »planetaren Paradigma« zum Horizont linker, fortschrittlicher Politik zu machen, bedeutet politische Grenzen zu ziehen: zu denen, die leugnen, dass die Bedingungen von Gleichheit immer wieder neu hergestellt werden müssen; zu denen, die die Realität des einen Planeten, der der Menschheit nur zur Verfügung steht, wohlstandschauvinistisch leugnen.

5. Partei der Gleichheit

Die Partei der Gleichheit tritt vor allem für die sozialen Voraussetzungen ein, unter denen die rechtliche Gleichheit in der Teilhabe an politischen Entscheidungen, am gesellschaftlichen Leben wirksam werden kann. Sie bekämpft Abhängigkeitsverhältnisse wie die Erpressbarkeit von Lohnabhängigen, die Rolle der sozialen Herkunft als Auswahlkriterium. Es geht ihr immer um die notwendigen Sicherheiten in der Subsistenz (Nahrung, Wärme, Wohnen usw.) und die Zugänge zu Bildung, Information, Kommunikation, Kultur.

Die Partei der Gleichheit geht von der gleichen Würde des Menschen, also des Individuums, aus - und damit von den Unterschieden zwischen den Individuen. Gleichheit ist der entscheidende Unterschied zwischen linker und rechter Politik. Es geht links immer darum, Vielfalt der Gleichen lebbar zu machen. Es geht nie um die berüchtigte Gleichmacherei.

Umgekehrt geht es aber immer um die Frage, wann Unterschiede zu illegitimer Ungleichheit werden, die destruktive Wirkungen auf die Reproduktion einer demokratischen Gesellschaft, auf Demokratie als Lebensweise hat. Als Beispiel kann die gewachsene Einkommensungleichheit dienen: durch welche gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen sind Lohnunterschiede vom zehnfachen, fünfzigfachen gedeckt? Nach den Kriterien einer »Leistungsgesellschaft«, in der zählt, was die einzelne »leistet« ist es schwer vorstellbar, dass jemand mehr als fünfmal

⁶ Auf Wikipedia heißt es: »Eine heute gebräuchliche Lehrbuchdefinition ist beispielsweise: »Ein Wissenschaftsparadigma ist ein einigermaßen zusammenhängendes, von vielen Wissenschaftlern geteiltes Bündel aus theoretischen Leitsätzen, Fragestellungen und Methoden, das längere historische Perioden in der Entwicklung einer Wissenschaft überdauert.« Paradigmen spiegeln einen gewissen allgemein anerkannten Konsens über Annahmen und Vorstellungen wider, die es ermöglichen, für eine Vielzahl von Fragestellungen Lösungen zu bieten.« In unserem Fall kommt es eher darauf an, einer zumindest im Unterbewussten vorhandenen, in der Wissenschaft unstrittigen Vorstellung von dem einen verfügbaren Planeten und seinen Wirkungszusammenhängen politisch erst zum Durchbruch zu verhelfen.

so viel leisten/arbeiten kann als eine Durchschnittsarbeiterin. In Zahlen ausgedrückt: der Medianverdienst aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Vollzeit betrug 2023 etwa 45.000 Euro brutto im Jahr. Die Hälfte verdiente mehr, die andere Hälfte weniger. Ist es in einer guten Gesellschaftsordnung vorstellbar, das jemand mehr als fünf, sechs, siebenmal so viel leistet, also 225.000 Euro oder mehr im Jahr verdient? Ist das Einkommen noch Ausdruck von Leistung, Anerkennung und Wertschätzung oder ist es anders herum: Wenn jemand ein hohes Einkommen erzielt, dann ist es auch der Beweis für eine entsprechend Leistung? Oder ist es lediglich Ausdruck davon, dass es ihm oder ihr geglückt ist, durch Egoismus, Protektion usw. sich entsprechende Vorteile zu verschaffen. Zu große Ungleichheit fördert nicht die »Leistungsbereitschaft«, sondern setzt negative Anreize: durch »ehrliche Arbeit« kommt man auf keinen grünen Zweig mehr.

Das Beispiel soll zeigen: Die Partei der Gleichheit hat immer beides im Blick: Demokratie und Arbeit, Einkommen und Anerkennung/Wertschätzung.

6. Politik unterm planetaren Paradigma

Das planetare Paradigma verwirklicht mit Blick in die Zukunft, was immer zum Wesensmerkmal linker Politik in Marx'scher Tradition zählt: die internationale Perspektive und die Gattungsfrage, die Menschheitsfrage (für die die Arbeiterfrage der entscheidende Hebel sein sollte). Es gibt den einen Planeten, auf dem mehr als 8 Milliarden Menschen leben, überleben wollen, elementare Sicherheiten und eine Perspektive wollen. Lebensräume auf diesem Planeten sind existenziell bedroht: durch Wetterextreme infolge von Klimaveränderungen, durch Verlust von Biodiversität, Klimaerhitzung. Gleichzeitig werden die verfügbaren, regenerierbaren Ressourcen des Planeten weniger bzw. werden im Jahresverlauf immer früher verbraucht (Overshoot-Day).

Das planetare Paradigma stellt eine Politik der Gleichheit vor zwei große Fragen: Wie ist unter planetaren Bedingungen (eine Politik des) Wohlstandes für alle möglich (bzw. umgekehrt im Kant'schen Sinn: Ist es vorstellbar, dass alle Menschen so leben können wie wir)? Und wie ist unter Bedingungen von Mangel und Knappheit an Ressourcen, ihrer ungleichen Verteilung, eine auf Kooperation (Frieden, Zivilität - notwendig angesichts der Gattungsfragen) basierende Weltordnung möglich, was sind ihre sicherheitspolitischen, auch militärischen Voraussetzungen, um wachsenden Nationalismus, Gewalt und Krieg überwinden zu können.

Das planetare Paradigma bringt zugleich etwas an die politische Oberfläche, was im Untergrund der Gesellschaft schon lange gärt: das Wissen, dass so wie wir leben, nicht alle Menschen leben können. Dieses Unbehagen, dass das alles nicht gut gehen kann, hat keine direkte politische Repräsentation, nur eine indirekte: im Wohlstandschauvinismus, in der Abschottung, in Menschenfeindlichkeit und in Niedertracht, in der Flucht in die nationalstaatliche Wohlstandssicherung bis hin zur faschistischen Bewegung.

Das planetare Paradigma zwingt auch zu einer Debatte darüber, was Wohlstand im menschlichen Maß ausmacht; und wie der Verantwortung der frühindustrialisierten Staaten gegenüber den planetaren Lebensräumen zukünftig genüge getan werden kann.

Das planetare Paradigma fügt der Politik der Gleichheit die Aufgabe hinzu, neben dem »Klassenbonus« auch den »Ortsbonus« aufzuheben. Unter der Maßgabe der notwendigen Dekarbonisierung der Produktion/Produktivkräfte zieht die Linke eine klare Grenze zwischen Fossilisten und Postfossilisten. Die neue Linke bricht unwiderruflich mit dem fossilistischen Klassenkompromiss.

Jede Substitution fossiler Rohstoffe und entsprechende technologische Erneuerung muss nicht zwangsläufig begrüßt oder gar gefeiert werden. Es wäre aber falsch, sie zu bekämpfen, weil sie noch innerhalb des Kapitalverhältnisses stattfindet. Es ist falsch, auf heute unbekannt kommende Technologien zu setzen, aber es schadet nicht, wenn es neue technologische Lösungen etwa zur CO₂-Bindung gibt.

7. Prioritäre Politikfelder

Es kann nicht darum gehen, die Partei der entschiedensten Dekarbonisierung von Produktion und Konsumtion zu sein oder die Partei der weitgehendsten globalen Umverteilung (Stichwort: »koloniale Schulden«), also an der Spitze entsprechender »Bewegungen« stehen zu wollen. Es kann darum gehen, die Bedingungen des alltäglichen Lebens so zu gestalten, dass ein solcher Weg von vielen (mit)gegangen werden kann.

Fürs erste sollte eine sich erneuernde Linke ins Zentrum ihrer Politik stellen, was für alle wichtig ist (und was für die Partei auch nicht neu ist, aber nun neu prioritär wäre): Die Gemeinschaftsgüter, die für jede und jeden frei zugänglich zur Verfügung stehen müssen, um ein freies, gutes Leben unter Gleichen führen zu können: von Wasser über Gesundheit bis zu Bildung, Information, Mobilität und Teilhabe.

Es geht darum, diese Gemeinschaftsgüter zukunftsfest, krisenresilient zu machen. Es geht darum, sie so zu modernisieren und aus- und umzubauen, dass sie besser an kommende Katastrophen (Wetter, Pandemien, Hitze usw.) angepasst sind (Klimaanpassung), dass sie einen festen Boden für das gesellschaftliche Leben, für demokratische Lebensweise angesichts der großen Treiber der kommenden Jahre bilden: Anpassung an Klimawandel und -katastrophen; umfassende Digitalisierung und Einsatz Künstlicher Intelligenz in allen Lebensbereichen; Demografie und Migration; innere (autoritäre, faschistische) und äußere (militärische) Bedrohungen, Angriffe. Es geht um eine resiliente Gesellschaft.

Einsatz für die Gemeinschaftsgüter, verstanden als Planungssicherheiten für ein selbstbestimmtes Leben bedeutet: die Reproduktionsfähigkeit einer demokratischen Gesellschaft unter dem planetaren Paradigma in den Mittelpunkt zu stellen, von hier aus auf Verteilung, öffentliche Haushalte, Wachstumsfragen zu blicken, also eine entsprechende Politische Ökonomie zu entwickeln; es bedeutet, auf Strukturen zu schauen, in denen Menschen selbst aktiv werden können im Sinne einer progressiven Entwicklung; und es bedeutet vor allem auch auf die Menschen zu schauen, die mit ihrer Arbeit die Gemeinschaftsgüter gewährleisten: Arbeitsbedingungen, Wertschätzung, Entlohnung. Schließlich wären gut funktionierende Gemeinschaftsgüter möglicherweise etwas, womit um den Titel der Exportweltmeisterschaft konkurriert werden könnte und was zugleich alltagspraktisch unverzichtbar ist, also die Vorstellung befördert, dass Trinkwasser, Wärme, Energie usw. für alle verfügbar sein muss.

Das Feld der Gemeinschaftsgüter ist zentral für Gleichheit und (Anpassung an) das planetarische Paradigma. Hier kann sich die Erzählung bewähren und findet zugleich ausreichend konkrete politische Ansatzpunkte, um im Parteienwettbewerb als Partei, die in dieser Sache den Unterschied machen kann, wahrnehmbar zu werden.

8. Einen Prozess der Strategiebildung einleiten

Es hilft im jetzigen Zustand der Partei - siehe oben - nicht viel weiter, der Partei vorzuschlagen: Das sind jetzt die richtigen Antworten, das ist jetzt die richtige Strategie.

Der Vorschlag ist: Besteht aus verschiedenen unterschiedlichen Ansätzen, Sichtweisen auf den Status quo und auf das was wichtig ist, ausreichend Bereitschaft anzuerkennen und sich darauf einzulassen, dass die hier aufgeworfenen Fragen: der zeitliche strategische Horizont, der Erneuerungsbedarf für ein Überleben der Partei und die Eckpunkte einer erneuerten Erzählung und die politische Priorisierung; einen hinlänglich flexiblen Rahmen bilden, um einen produktiven Prozess der Erneuerung, der Neuordnung zu beginnen? Kann man sich darauf einlassen, ohne sich zuvor von eigenen Erzählungen (Gerechtigkeitspartei, Partei der kleinen Leute, Infrastruktursozialismus usw.) verabschieden zu müssen?

Entscheidend wird aber wohl sein, dass ein solcher Prozess jetzt vorbereitet und eingeleitet, auf dem kommenden Parteitag bestätigt, bei den Listenaufstellungen der Landesverbände unterstützt und auch während des Bundestagswahlkampfes fortgeführt, nicht unterbrochen, wird.